

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Sitzungstermin: Donnerstag, 24.01.2013
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:55 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Gosciniak, Heinz

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Pohlmann, Marianne
Roß-Boeters, Fenke
Strelow, Gregor
Südhoff, Johann

CDU-Fraktion

Odinga, Hinrich
Ohling, Albert

für Gerold Verlee

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Baumfalk, Britta
Stolz, Wulf-Dieter

FDP-Fraktion

Bolinius, Erich

Beratende Mitglieder

Acker, Karl
de Boer, Jannes
Janssen, Johann

Vertreter des Stadtteilbeirates Barenburg
Vertreter des Landwirtschaftl. Hauptvereins
Vertreter des Trägerkreises des Behinderten-
beirates der Stadt Emden

Reinert, Gabriele
van Hoorn, Reiner

für Arno Peper
Vertreter des Seniorenbeirates

Verwaltungsvorstand

Docter, Andreas

Stadtbaurat

von der Verwaltung

Kinzel, Rainer
Fresemann, Hartmut
Kolk, Lars

Protokollführung

Fresemann, Hartmut

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 24.01.2013

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende **Herr Gosciniak** begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Vertreterinnen der Lokalpresse, von der EZ und der OZ.

Ferner begrüßt der Vorsitzende den neuen Klimaschutzmanager der Stadt Emden, Herrn Gerd, und den neuen Leiter des Fachdienstes Bauaufsicht, Herrn Ruf, die beide noch Gelegenheit bekämen, sich kurz vorzustellen.

Herr Gosciniak stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende weist auf einen Fehler in der Tagesordnung hin, der TOP 10 fehle; hierbei handele es sich nicht um einen fehlenden Tagesordnungspunkt, sondern lediglich um einen Fehler in der fortlaufenden Nummerierung.

Herr Gosciniak lässt über die Tagesordnung mit dem Vorschlag abstimmen, dass die Tagesordnungspunkte 12 und 13 angesichts der identischen Thematik zu einem Tagesordnungspunkt zusammengefasst behandelt werden sollten.

Beschluss: Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung beschlossen.

Ergebnis: Einstimmig

Im Anschluss an die Abstimmung über die Tagesordnung erteilt der Ausschussvorsitzende dem neuen Leiter der Bauaufsicht, Herrn Ruf, zwecks Vorstellung das Wort. Herr Ruf stellt seine Person und seinen bisherigen beruflichen Werdegang in kurzen Worten dar.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 27.09.2012

Beschluss: Das Protokoll Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt vom 27.09.2012 wird genehmigt.

Ergebnis: Einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 06.12.2012

Beschluss: Das Protokoll Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt vom 06.12.2012 wird genehmigt.

Ergebnis: Einstimmig

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 24.01.2013

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner zugegen.

BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 6 Ausweisung des EU-Vogelschutzgebietes V 04 als Landschaftsschutzgebiet Vorlage: 16/0302/2

Herr Odinga verweist auf die nach wie vor ungeklärte Problematik der durch Gänsefraß bedingten Ernteauffälle. Darüber hinaus gibt Herr Odinga zu bedenken, dass durch die massive Verkotung der Wiesen- und Weideflächen durch Gänse Qualitätseinbußen bei der Milch zu befürchten seien, auch beklagt er die fehlende Flexibilität der Verordnung bei der Umwandlung von Grün- zu Ackerflächen bzw. umgekehrt.

Nach Auffassung von Herrn Odinga müsse derjenige, der die Musik bestelle, auch für die finanziellen Einbußen bzw. Mehrkosten aufkommen, dies dürfe nicht den Landwirten auferlegt werden. Herr Odinga verweist in diesem Zusammenhang auf ein Gutachten zur Ermittlung von Gänsefraßschäden auf Ackerflächen aus 2003, das einen Schaden von 17.000,-- Euro anführt. Abschließend verweist er darauf, dass alle Beteiligten sich darüber im Klaren sein müssten, dass sie hier über überwiegend fremdes Eigentum berieten und beschlössen.

Frau Pohlmann führt aus, dass die SPD selbstverständlich um die Unzufriedenheit und Unsicherheit der Landwirtschaft diese Landschaftsschutzgebietsverordnung betreffend wisse, da sie sich sehr intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt habe; sowohl die Verwaltung als auch der Landwirtschaftliche Hauptverein seien zur Beratung in die Fraktion eingeladen worden.

Gleichwohl gebe es nach Überzeugung der SPD keine ernst zu nehmende Alternative zu dem vorliegenden Entwurf einer Landschaftsschutzgebietsverordnung, die Stadt sei verpflichtet, übergeordnetes EU-Recht umzusetzen, anderenfalls ergreife das Land die Initiative und es drohten ungleich strengere Regelungen z.B. auf Grundlage eines Naturschutzgebietes.

Durch Gänse herbeigeführte Ernteauffälle betreffend plädiert Frau Pohlmann für eine Art „Hilfsfond“, der betroffenen Landwirten Entschädigungszahlungen garantiere. Im Ergebnis stimme die SPD trotz solch offener Aspekte und der damit verbundenen Sorge der Landwirte aber der Vorlage zu.

Frau Baumfalk fragt nach der Bedeutung des letzten Absatzes in der Vorlage bzgl. der Änderungen der Regelungen zur Fischerei.

Herr Bolinius bedankt sich bei der Verwaltung dafür, dass die eingegangenen 42 Einwendungen Privater gegen die Verordnung im Anschluss an die letzte Sitzung den Fraktionen zügig übermittelt worden seien.

Herr Bolinius führt aus, dass jene Landwirte, die in der Vergangenheit durch eine verantwortungsvolle Bewirtschaftung ihrer Flächen erst die ökologische Wertigkeit geschaffen hätten, nunmehr durch die Verordnung bestraft würden. Insbesondere das Verbot zum Grünlandumbruch bedeute einen erheblichen Wettbewerbsnachteil für die ostfriesische Landwirtschaft, Landwirte in anderen Regionen, z.B. im Cloppenburgler Raum oder im Emsland, würden bevorzugt werden.

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 24.01.2013

Auch Herr Bolinius plädiert für einen Schadensausgleich für durch Gänse verursachte Ernteschäden. Abschließend möchte Herr Bolinius gerne wissen, wie der Landwirtschaftliche Hauptverein zu dieser Vorlage stehe.

Herr Ohling verweist darauf, dass seiner Meinung nach im Bereich der Verordnung eine Freilandhaltung von Geflügel, z.B. Gänse, unmöglich gemacht würde.

Herr de Boer führt aus, dass die Bedenken des Hauptvereins hinreichend bekannt und in den vorlaufenden Wortbeiträgen auch zutreffend wieder gegeben worden seien. Mit dem bereits erfolgten Beschluss des Kreistags Aurich zur Verordnung habe man den Kampf verloren, der Rat der Stadt Emden stehe nun unter Zugzwang, Änderungen seien nicht mehr möglich.

Herr de Boer wünscht sich ebenfalls einen Entschädigungsfonds, nicht zuletzt deshalb, um die Akzeptanz für die Verordnung bei den betroffenen Landwirten zu verbessern. Herr de Boer wünsche sich einen Fonds, der aus Mitteln des Landes und der jeweiligen kommunalen Gebietskörperschaften gespeist werde und aus dem heraus Entschädigungen für Schäden und Ernteauffälle auf Grundlage einer Biomasseberechnung unbürokratisch und zügig gezahlt würden; entscheidendes Gremium bzgl. der Frage der Leistung von Entschädigungen sei das durch § 7 der Verordnung legitimierte Fachgremium.

Herr Strelow verweist auf die Notwendigkeit, die Voraussetzungen, die für die Zahlung von Entschädigungen vorzuliegen hätten, exakt zu definieren und im Rahmen des § 7 der Verordnung zu regeln. Hierzu müssten der Landkreis Aurich und die Stadt Emden sich intensiv abstimmen, vorher sei eine Diskussion zur Höhe der Ausstattung eines etwaigen Fonds sinnlos.

Herr Strelow stellt in diesem Zusammenhang die Frage nach möglichen Fördermitteln seitens der EU oder des Landes.

Herr Kinzel verweist auf ein Pilotprojekt des Landes Niedersachsen zur Ermittlung und Bewertung von Schäden und Ernteauffällen in solchen Schutzgebieten infolge der Unterschutzstellung. Die Erkenntnisse des Projekts müssten in die Arbeit des Fachgremiums gem. § 7 der Verordnung einfließen. Nach Auffassung von Herrn Kinzel sollte sich die Stadt Emden – wie der Landkreis Aurich auch – an einem Hilfsfond finanziell beteiligen. Nach seiner Ansicht handelt es sich um einen pragmatischen Entwurf einer Verordnung, etwaige Anpassungen müssten ggf. im Rahmen der Umsetzung folgen, nachdem sie im Fachgremium erörtert worden seien.

Frau Heißenbüttel-Brinkmann erläutert bezüglich der Frage von Frau Baumfalk, dass in dem ursprünglichen Entwurf ein Schutzabstand zu Röhrichten von 15 m für Angler vorgesehen war. Der Landesfischereiverband habe in seiner Stellungnahme auf den unklaren Begriff des Röhrichts verwiesen, der zu Unsicherheiten führe und angeboten, gemeinsam eine sinnvolle Regelung zu finden. Dies wolle die Behörde nutzen.

Herr Docter verweist darauf, dass die Verantwortung für die Notwendigkeit zum Erlass solcher Verordnungen nicht bei den Kommunen zu suchen sei, sondern bei der damaligen Regierung Kohl, die entsprechende Gebiete der EU gemeldet habe. Die Meldung zweier Kategorien europäischer Schutzgebiete durch Land und Bund für den Bereich Emdens, nämlich FFH-Gebiete und Vogelschutzgebiete, seien Ausdruck eines nationalstaatlichen „Wollens“. Nun könne es nach Ansicht Herrn Docters aber nicht sein, dass jene Kommunen, die von solchen Meldungen betroffen seien, nunmehr für den Schutz der entsprechenden Gebiete finanziell aufkämen; eine Insellösung für Emden lehne er ab, hier müsse nach dem Subsidiaritätsprinzip die EU entsprechende Fonds bereitstellen.

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 24.01.2013

Herr Stolz führt aus, dass die Forderung nach einem Hilfsfond berechtigt sei. Herr Stolz verweist auf einen Termin mit Anglern und Jägern im Vorfeld der Einbringung der Vorlage in die Politik und beklagt, dass hier die Angler und Jäger einseitig ihre eigenen Interessen in den Vordergrund gerückt und ein ausschließlich nutzerorientiertes Verhalten gezeigt hätten – der eigentlich Schutzzweck dieser Verordnung sei bei dieser Gruppe gar nicht weiter beachtet worden. Umso mehr wünscht sich Herr Stolz jene die Fischerei und Jagd betreffenden Formulierungen, die noch im Erstentwurf der Verordnung enthalten waren.

Herr Bolinius hat den Eindruck, dass die massiven Bedenken der Landwirtschaft nicht zufrieden stellend ausgeräumt worden seien und macht seine Zustimmung zur Vorlage von der Zustimmung des Hauptvereins einerseits und von der Einrichtung eines Entschädigungsfonds andererseits abhängig.

Herr Stolz legt Wert auf die Feststellung, dass seine Fraktion mittels dieser Landschaftsschutzgebietsverordnung nicht die Gänse, sondern die bedrohte Vogelfauna insgesamt schützen wolle.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die hoheitliche Sicherung des EU-Vogelschutzgebietes V 04 auf dem Gebiet der Stadt Emden als Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Krummhörn“.

Ergebnis: Mit Stimmenmehrheit
Dafür: 7 Stimmen (SPD, FDP),
Dagegen: 4 Stimmen (CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

TOP 7 Bebauungsplan A 32, I. Abschnitt (westlich Neuer Markt);
- **Beschluss über die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen (§§ 3 (2), 4 (2) BauGB;**
- **Beschluss über die Durchführung der erneuten öffentlichen Auslegung (Stadium II)**
Vorlage: 16/0337/2

Beschluss:

1. Der Behandlung der Anregungen aus der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3(2),4(2) BauGB wird gemäß der Anlage 4 zugestimmt.
Die in der Anlage 4 aufgeführten Anregungen und Hinweise Nr. 1 - 6, 11.1, 11.4, 11.5, 11.6, 11.8, 11.9 werden zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Hinweise Nr. 7, 8, 9, 10, 11.2, 11.3 und 11.11 werden berücksichtigt bzw. teilweise berücksichtigt. Die Anregungen Nr. 11.7, 11.10 werden nicht berücksichtigt.

2. Der Bebauungsplanentwurf wird erneut gem. § 4a Abs. 3 BauGB für die Dauer von 14 Tagen verkürzt öffentlich ausgelegt. Stellungnahmen können nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

**TOP 8 Sachstandsbericht zum European Energy Award in Gold
Vorlage: 16/0560**

Herr Kinzel erläutert kurz den Hintergrund dieses Preises und übermittelt die Glückwünsche von Herrn Umweltminister Birkner.

Herr Stolz begrüßt die Auszeichnung, gibt aber vor dem Hintergrund der Gesamtproblematik zu bedenken, dass der weiteren Erderwärmung, die nach aktuellen, gefestigten wissenschaftlichen Prognosen nicht 2 Grad Celsius sondern 4 Grad Celsius betrage, mit solchen lokalen Maßnahmen nicht erfolgreich entgegengewirkt werden könne.

Kenntnis genommen.

**TOP 9 Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Emden;
- Ausweitung der Nutzung von erneuerbar erzeugten Energien in Emden
durch Einführung eines Solarpotenzialkatasters
Vorlage: 16/0596**

Herr Gerdes stellt sich als neuer Klimaschutzmanager der Stadt Emden kurz vor.

Daran anschließend erläutert **Herr Gerdes** mittels eines Lichtbildvortrags die Vorlage.

Vorbild für das dargestellte Solarpotenzialkataster sei insbesondere die Stadt Osnabrück gewesen. Das Kataster solle im April dieses Jahres, so Herr Gerdes, bei den Emdener Modernisierungstagen in Abstimmung mit den Stadtwerken und der Sparkasse der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Herr Strelow wirbt für eine ausgeprägte Öffentlichkeitsarbeit bei diesem Thema, interessierte ImmobilieneigentümerInnen müssten durch die Verwaltung Unterstützung erhalten, damit geeignete Flächen auch zur Nutzung von Solarenergie genutzt würden und das Kataster ein Erfolg werde. Herr Strelow erinnert in diesem Zusammenhang an die komplizierten Verfahren zur Beantragung von kfw-Mitteln, die ein normaler Bürger alleine nicht bewältigen könne.

Herr Bolinius pflichtet Herrn Strelow bei, es müsse den BürgerInnen klar gesagt werden, was solche Maßnahmen kosteten, was sie für den Hauseigentümer brächten und wofür er bei wem Unterstützung und Fördermittel erhalten könne.

Herr Gerdes verweist in diesem Zusammenhang auf einen sog. „Rendite-Rechner“ des Osnabrücker Katasters, der in ähnlicher Form auch im Emdener Kataster integriert werden solle; zudem solle eine Verlinkung mit der Sparkasse erfolgen, um eine hochwertige Beratung zu kfw- und anderen Fördermitteln und Darlehen zu gewährleisten.

Herr Docter verweist darauf, dass dieses Projekt originär dazu diene, CO2 einzusparen und den haushaltsbezogenen Energieverbrauch zu optimieren. Es sei nicht das Ziel, private Haushalte in die Lage zu versetzen, durch die Einspeisung von Solarenergie in das öffentliche Netz Geld zu verdienen.

Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 24.01.2013

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 10 Anfrage wegen der dauerhaften Flexibilisierung der Staufunktion des Emsperrwerks im Zeitraum vom 15.03. bis zum 31.03.2012;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 21.11.2012
Vorlage: 16/0576

Herr Bolinius verweist darauf, dass der Antrag zwischenzeitlich überholt sei; die Verwaltung habe zwischenzeitlich eine Stellungnahme zum Vorgang abgegeben, diese liege ihm und den anderen Fraktionen vor, der Vorgang sei somit erledigt.

Frau Pohlmann bittet darum, Anlagen zu Vorlagen in das Ratsinformationssystem einzustellen. Das angesprochene Schreiben der Verwaltung sei nicht eingestellt worden.

Kenntnis genommen.

TOP 11 Anfahren des neuen Friedhofs in Petkum und Schaffung von Parkplätzen in Petkum;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.12.2012
Vorlage: 16/0591

Frau Pohlmann begründet den Antrag der SPD und hakt bzgl. der Ermittlung der Kosten kritisch nach. Ihres Erachtens seien Kosten von über 100.000 Euro deutlich zu viel.

Herr Bolinius schließt sich dieser Kritik an, er führt aus, dass er mit einem befreundeten Bauunternehmer die Kosten überschlägig ermittelt habe und das Ergebnis weit unterhalb der Kostenschätzung der Verwaltung liege.

Herr Kolk legt dar, wie sich die Kosten zusammensetzten. Er verweist auf die Notwendigkeit, einen neuen Kreuzungspunkt mit eigenen Abbiegebeziehungen auf der Landesstraße einzurichten, anderenfalls sei vom Straßenbulasträger in Aurich keine Zustimmung zu erwarten. Ferner sei, so Herr Kolk, eine Straße erforderlich, die alle Anforderungen an öffentliche Gemeindestraßen hinsichtlich Breite, Oberflächenbelag, Niederschlagsentwässerung, Randstreifen, etc. erfülle. Hier seien durch den BEE bei der Kostenermittlung keine überhöhten Preise angesetzt worden, sondern Erfahrungswerte aus anderen vergleichbaren Projekten.

Herr Kolk sichert zu, dass dem Protokoll diese Kostenkalkulation beigelegt werde.

Anmerkung des Protokollführers:

Nach Auskunft des BEE sieht die überschlägige Kostenschätzung für die Anbindung und die Herstellung eines Parkplatzes für den Friedhof Petkum sah wie folgt aus:

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 24.01.2013

Zuwegung (Straße) in Pflasterbauweise	150 m x 5 m = 750 m ² x 80 Euro		60.000,-- €
Parkplatz mit min. 15 Plätzen	25 m x 20 m = 500 m ² x 80 Euro		40.000,-- €
Weg zum Friedhof	20 m x 3 m = 60 m ² x 80 Euro	ca.	5.000,-- €
Graben und Grabenverrohrungen		ca.	<u>5.000,-- €</u>
	Gesamt:	ca.	<u>110.000,-- €</u>
Zzgl. HOAI-Kosten		ca.	<u>10.000,-- €</u>
	Total :		<u>120.000,-- €</u>

Herr Kolk führt weiter aus, dass in Abhängigkeit der Lage der Zuwegung zum Friedhof auch eine Verrohrung eines Grabens in der Kalkulation berücksichtigt werden müsse.

Herr Bolinius verweist darauf, dass doch schon eine Straße bestehe, die für eine Zuwegung genutzt werden könne.

Herr Stolz stellt die Notwendigkeit einer solchen Zuwegung vor dem Hintergrund weiterer Eingriffe in die Umwelt und damit einhergehender weiterer Versiegelungen in Frage.

Die **Herren Docter** und Kolk legen dar, dass diese Straße rechtlich betrachtet lediglich als Baustellenstraße für die Sanierung des Siels in Petkum errichtet worden sei und für weitergehende Nutzungen nicht zur Verfügung stehe; im Übrigen sei sie als öffentliche Straße auch nicht geeignet. Die rechtliche Voraussetzung zum Bau einer solchen Zuwegung müsse, so Herr Kolk, über ein eigenes Rechtsverfahren, ein Planfeststellungsverfahren oder aber ein Bebauungsplanverfahren, hergestellt werden, in dem auch ihre Notwendigkeit geprüft und über notwendige Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft befunden werde.

Natürlich sei nicht auszuschließen, dass die bestehende Baustraße teilweise übernommen werden könne, so z.B. die Tragschichten, die ja für Baustellenverkehr ausgelegt worden sei. Herr Kolk sagt auf Anregung von Frau Pohlmann und Herrn Bolinius zu, Kontakt zur für die Unterhaltung des Friedhofs zuständigen Kirchengemeinde aufzunehmen und das Vorhaben sowohl hinsichtlich einer etwaigen Kostenbeteiligung als auch hinsichtlich der Lage und Anordnung einer neuen Stellplatzanlage zu besprechen.

Kenntnis genommen.

TOP 12 Parkmöglichkeiten beim neuen Friedhof in Petkum; - Antrag der SPD-Fraktion vom 29.11.2012 Vorlage: 16/0592

Kenntnis genommen.

TOP 13 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters Keine

TOP 14 Anfragen **14.1**

Herr Strelow beklagt, dass der Bürgerverein Faldern zur Aufstellung einer Geschichtstafel durch Oberbürgermeister und BEE die Inbetriebnahme des ersten Emdener Abwasserkanals vor 175 Jahren betreffend nicht eingeladen worden sei.

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 24.01.2013

Herr Docter führt aus, dass hier der Werksausschuss des BEE zuständig sei und diesem anlässlich dieses Jubiläums eine hierfür eigens vom BEE erstellte Broschüre im Vorfeld vorgestellt worden sei.

14.2

Herr Odinga fragt nach der Auswertung einer Testphase zur Geschwindigkeitsreduzierung auf 50 Km/h auf der Larrelter Straße in Höhe Constantia.

Herr Docter antwortet, dass der Test nicht erfolgreich gewesen und deshalb die Reduzierung wieder zurückgenommen worden sei – es gelte seit geraumer Zeit wieder Tempo 70. Der Vorgang sei durch **Herrn Grendel** bereits im zuständigen Ausschuss vorgestellt worden

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.